

## Executive Summary

Das Feld der Migrantenorganisationen in NRW ist angesichts unterschiedlicher Migrationen, Herkunftsgruppen, intergenerationalen Wandels und der Reproduktion weltanschaulicher, politischer und religiöser Diversität der Herkunftsländer stark fragmentiert. Dennoch bestehen zahlreiche verbandliche Interessenvertretungen, die Migrantenorganisationen zusammenfassen.

Die Studie leistet erstmalig eine Übersicht der migrationsbezogenen verbandlichen Organisationen, auf deren Grundlage eine Modellierung der migrationsbezogenen politischen Interessenvertretung erfolgt und eine Abschätzung der Kooperationsmöglichkeiten und der Förderperspektiven getroffen werden kann. Die Coronakrise hat dabei nochmals gezeigt, dass die migrationsbezogene Organisationslandschaft, wie die Zivilgesellschaft insgesamt, vulnerabel ist und zugleich wichtige Potenziale für die Bewältigung von gesellschaftlichen Krisen aufweist.

Die Untersuchung basiert auf einer Onlinerecherche und der darauf aufbauenden Strukturanalyse von 106 migrationsbezogenen Verbänden mit NRW-Bezug, einer Korpusanalyse öffentlicher Verlautbarungen von 31 besonders relevanten Verbänden, einer Korpusanalyse von Claims bezogen auf die Coronakrise sowie 13 Expert\*inneninterviews.

Im Ergebnis ist die Landschaft der migrationsbezogenen Verbände in NRW ausgesprochen divers, anhand von für die Interessenvertretung relevanten Merkmalen aber durchaus strukturierbar, allerdings mit dem Ergebnis, dass sich kein dominanter Verbändetyp ergibt. So wird u. a. eine Gruppe monokultureller Verbände kenntlich, die deutlich unter Bezug auf Herkunftslandthemen mobilisieren und auf Communitys mit starker gemeinsamer Herkunftsidetitat zurückgreifen, was zu einer eher nachrangigen Interessenvertretung bezüglich rein ankunftslandbezogener Themen führt. Andere monokulturelle Verbände wiederum versuchen in zunehmendem Umfang, Herkunftsidetitaten und ankunftslandbezogene Interessenvertretung zu verknüpfen. Demgegenüber stehen Verbände, die besonders responsiv gegenüber Kooperationsangeboten der deutschen Integrationspolitik sind. Diese multikulturellen Organisationen vertreten Interessen in Richtung der Gleichberechtigung in Deutschland und verknüpfen über das Thema Rassismus die Klientelbindung und Teilhabeforderungen.

Die aus dem Neo-Institutionalismus stammende Annahme, wonach die Klientellegitimität der Dreh- und Angelpunkt für einen großen Teil des Verbändehandelns ist, bestätigt sich in der vorliegenden Studie deutlich.

Sinnvoll ist die Förderung der Integration migrationsbezogener Verbände und auch von Einzelorganisationen in themen- oder zielgruppeneinschlägige gesamtgesellschaftliche Strukturen, aber nicht ausschließlich; denn es zeigt sich, dass, oft in der Folge transnationaler Bezüge, absehbar starke migrationsbezogene Identitäten bestehen bleiben.

Bei einer Förderung sollten die großen monokulturellen Verbände nicht aus dem Blick geraten, da sie über ihre ausgeprägte Profilierung und Klientelbindung wichtige integrationspolitische Partner sein können. Dabei zeigen die Ergebnisse der Studie, dass die mitgliederstarken Großverbände Klientelzugänge über längere Zeiträume gewährleisten können, während jüngere und kleinere Verbände eher zur *Konstruktion* ihrer jeweiligen Klientel tendieren. So zeigt sich bei multikulturellen, jungen und vokalen Organisationen, dass zwar eine große Bereitschaft zur Adressierung eines vielfältigen Themenspektrums existiert, aber unklar ist, inwiefern wirklich tragfähige Zugänge zur vertretenen Klientel hergestellt werden können.

Besonderer Förderbedarf ergibt sich grundsätzlich aber auch mit Blick auf zahlreiche mittelgroße Verbände mit NRW-Bezug, denen professionalisierte Strukturen für die Interessenvertretung fehlen.

Hinsichtlich der Möglichkeit der Förderung einer ggf. zentralisierten Vertretung migrationsbezogener Interessen in NRW ergibt die vorliegende Bestandsaufnahme, dass angesichts der Diversität der Organisationslandschaft und der unterschiedlichen Strategien der Herstellung von Legitimität die Möglichkeiten generell begrenzt sind.

Die Studie wurde durch das Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen (MKJFGFI NRW) gefördert und am Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung (ZfTI) in den Jahren 2021 und 2022 durchgeführt, in Kooperation mit dem Institut für Politikwissenschaft der Universität Duisburg-Essen.